

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 14./15.03.2012

3. Änderung der Gemeinsamen Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung zur Sozialversicherung nach § 28b Abs. 2 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) zum 01.06.2012;

hier: Neue UV-Gründe im Datenbaustein Unfallversicherung (DBUV) zur Verbesserung der Datenqualität im maschinellen Lohnnachweis (Entgeltmeldungen mit UV-Entgelt 0,00 EUR)

Im Jahr 2014 wird für die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung der Lohnnachweis in Papierform als bisherige Beitragsgrundlage wegfallen. Er wird durch einen von der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung zusammengefassten maschinellen Lohnnachweis aus den Datenbausteinen Unfallversicherung der einzelnen Entgeltmeldungen der Arbeitnehmer gem. § 28a Abs. 3a SGB IV ersetzt (DBUV-LN). Ab dem 01.01.2013 gelten die in den Entgeltmeldungen übertragenen Werte als Grundlage für den DBUV-LN. Der DBUV-LN befindet sich derzeit in der Qualitätssicherung bei den Unfallversicherungsträgern. Im Rahmen dieser Qualitätssicherungsmaßnahmen wurde festgestellt, dass der DBUV-LN nach wie vor erheblich von den bisherigen Beitragsgrundlagen für die Unfallversicherungsträger abweicht. Hierfür gibt es mehrere Ursachen; eine davon sind zu geringe Entgelte im Vergleich zu den derzeitigen Lohnnachweisen. Als Ursache konnten fehlerhafte Angaben in den Entgeltmeldungen identifiziert werden. Dabei wurden insbesondere Entgeltmeldungen mit einem UV-Entgelt von 0,00 EUR in einer Größenordnung von 1,8 Mio. als fehlerhaft erkannt.

Die Deutsche Rentenversicherung Bund und der GKV-Spitzenverband werden die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung unterstützen, um die Angaben der Arbeitgeber in den bestehenden Entgeltmeldungen weiter zu verbessern, die die Grundlage für den DBUV-LN bilden. Hierzu werden mehrere Maßnahmen getroffen (vgl. auch TOP 7 und 8).

1. Begründung der Angabe eines UV-Entgeltes von 0,00 EUR

Arbeitgeber haben künftig in der Entgeltmeldung konkret zu begründen, warum ein UV-Entgelt von 0,00 EUR gemeldet wird. Diese Angabe erfolgt über die Auswahl von vier UV-Gründen im DBUV (Feld UV-GRUND). Die neuen UV-Gründe stellen die Fallgestaltungen dar, in denen die Meldung eines UV-Entgeltes von 0,00 EUR zulässig ist:

UV-Grund	
Feldinhalt	Erläuterung
B04	Erreichen des Höchstjahresarbeitsentgeltes in einer vorangegangenen Entgeltmeldung
B05	Entgelt wird in einer weiteren Meldung mit Abgabegrund 91 gemeldet
B06	UV-Entgelt wird in einer anderen Gefahrtarifstelle dieser Entgeltmeldung angegeben
B09	Sonstige Sachverhalte, die kein UV-Entgelt in der Entgeltmeldung erfordern

Die neuen UV-Gründe B04 bis B06 und B09 werden in die Anlage 4 der Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 2 SGB IV in der Fassung ab dem 01.06.2012 mit der Maßgabe aufgenommen, dass die fehlende Angabe eines UV-Grundes bei einem zu meldenden UV-Entgelt von 0,00 EUR erst ab dem 01.12.2012 zu einer Abweisung der Meldung führt. Hierdurch haben Arbeitgeber die neuen UV-Gründe bereits ab dem 01.06.2012 anzuwenden, sofern das Entgeltabrechnungsprogramm oder die maschinelle Ausfüllhilfe diese Möglichkeit vorsieht. Eine entsprechende Übergangsregelung wird unter Ziffer 6 der Gemeinsamen Grundsätze aufgenommen.

2. Erweiterung der Fehlerprüfungen

Es werden zwei Fehlerprüfungen in der Anlage 9.4 zum gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ geändert, damit Entgeltmeldungen mit einem UV-Entgelt von 0,00 EUR ab dem 01.06.2012 mit einem der neuen UV-Gründe gemeldet werden können und ab dem 01.12.2012 ohne UV-Grund abgewiesen werden:

Fehlerprüfung im Feld UV-GRUND

Die Fehlerprüfung DBUV080 wird um die Werte B04 bis B06 und B09 erweitert und der Fehlerlangtext entsprechend angepasst. Entsprechend der Übergangsregelung wird diese Fehlerprüfung zum 01.06.2012 eingesetzt (Möglichkeit der Angabe eines neuen UV-Grundes).

Fehlerprüfungen im Feld UV-EG

Die Fehlerprüfung DBUV184 wird komplett umgestellt. Bisher ist im Feld UV-EG grundsätzlich die Grundstellung (Nullen) zulässig. Bei bestimmten UV-Gründen wird die Grundstellung mit dieser Fehlerprüfung erzwungen. Mit der Umstellung der Fehlerprüfung muss künftig die Angabe der Grundstellung im Feld UV-EG durch die definierten UV-Gründe qualifiziert werden. Die Grundstellung ist dann nicht mehr grundsätzlich zulässig. Die Fehlertexte werden entspre-

chend angepasst. Entsprechend der Übergangsregelung wird diese Fehlerprüfung zum 01.12.2012 eingesetzt (Abweisung bei fehlender Angabe eines bestimmten UV-Grundes).

3. Meldungen mit einem UV-Entgelt von 0,00 EUR für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

Unternehmen, die Mitglied einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft oder eines Unfallversicherungsträgers der öffentlichen Hand sind und deren Beiträge nicht auf Grundlage von Arbeitsentgelten berechnet werden, sind nach § 166 Abs. 2 Satz 2 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch von der Prüfung durch die Rentenversicherungsträger ausgenommen. Diese Unternehmen haben im DBUV neben der Betriebsnummer des zuständigen Unfallversicherungsträgers ausschließlich den UV-Grund A08 bzw. A09 (bis zum 31.05.2011 die fiktiven Gefahrtarifstellen 88888888 bzw. 99999999) anzugeben; ein UV-Entgelt ist nicht zu melden (0,00 EUR). Um auszuschließen, dass Unternehmen landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften bei diesen Entgeltmeldungen echte Gefahrtarifstellen nutzen und in Kombination mit dem korrekten UV-Entgelt 0,00 EUR unplausible Entgeltmeldungen erzeugen, erfolgt über die Fehlerprüfung DBUV103 im Feld BBNR-UV ein Bezug zur Anlage 19 (Teil a) des gemeinsamen Rundschreibens, die alle gültigen Betriebsnummern landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften abbildet.

Damit ist gewährleistet, dass bei Angabe einer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft im DBUV nur noch der UV-Grund A08 und keine tatsächliche Gefahrtarifstelle angegeben werden kann:

Fehlernummer: DBUV103

Bei Meldungen ungleich Stornierungen mit der Betriebsnummer eines UV-Trägers gemäß Anlage 19 Teil a ist nur der UV-GRUND „A08“ zulässig.

Die Fehlertexte werden entsprechend angepasst.

Analog hierzu ist bei Meldungen der Arbeitgeber, die bei einem Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand versichert sind und die Beiträge nicht auf Grundlage von Arbeitsentgelten berechnen, sicherzustellen, dass nur der UV-GRUND A09 genutzt wird. Hierzu wird eine neue Fehlerprüfung im Feld BBNR-UV beschrieben, die gewährleistet, dass bei Angabe der aufgeführten BBNR-UV nur der UV-GRUND A09 angegeben werden kann:

Fehlernummer: DBUV105

Bei Meldungen ungleich Stornierungen mit der Betriebsnummer eines UV-Trägers

„01627953“, „03701377“, „09322747“, „13385729“, „18626026“, „18645029“, „21204943“,

„26125562“, „28143238“, „29086457“, „29214533“, „34239086“, „44861264“ oder „98705576“ ist nur der UV-GRUND „A09“ zulässig.

Fehlertext kurz:

Bei dieser BBNRUV ist nur der UV-GRUND A09 zulässig

Fehlertext lang:

Bei Meldungen ungleich Stornierungen mit der angegebenen Betriebsnummer des UV-Trägers ist nur der UV-GRUND A09 zulässig

Die vorgenannten Änderungen treten zum 01.12.2012 in Kraft, um sicherzustellen, dass insbesondere die für die weiteren Qualitätssicherungsmaßnahmen der Unfallversicherungsträger maßgeblichen Jahresmeldungen für das Jahr 2012 nur noch mit richtigen Inhalten gemeldet werden.

Hinweis zur Stornierung von Entgeltmeldungen aufgrund eines falschen DBUV

Im Sinne der Stornierungslogik (Inhalt der Stornierungsmeldung ist identisch mit dem Inhalt der zu stornierenden Meldung) erfolgt keine Fehlerprüfung bei der Stornierung von abgegebenen Entgeltmeldungen mit einem UV-Entgelt von 0,00 EUR. Allerdings sprechen sich die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung dafür aus, dass künftig zumindest die Fehlerprüfungen Anwendung finden sollten, die zum Zeitpunkt der ursprünglichen Abgabe galten, um einen Mehraufwand bei den Datenannahmestellen und Krankenkassen zu vermeiden. Die Deutsche Rentenversicherung Bund wird in Bezug auf die Stornierungslogik beim DBUV bis zur Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 20./21.06.2012 einen Vorschlag erarbeiten.

Die neuen UV-Gründe B04 bis B06 und B09 sind in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 28b Abs. 2 SGB IV in der Fassung ab dem 01.06.2012 in der Anlage 4 zu berücksichtigen; im Textteil wird unter Punkt 6 die beschriebene Übergangsregelung (keine Abweisung bis zum 30.11.2012) dokumentiert.

Der GKV-Spitzenverband wird das Genehmigungsverfahren nach § 28b Abs. 2 Satz 2 SGB IV einleiten und die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung über das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens informieren.

Als Einsatztermine für das Kernprüfprogramm werden der 01.06.2012 (DBUV080) und 01.12.2012 (DBUV103, DBUV105 und DBUV184) festgelegt.

Anmerkung:

Die erweiterten Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 2 SGB IV sind als Anlagen beige-fügt (einschließlich der Änderungen, die sich aus TOP 2 ergeben).

Die geänderte Anlage 9.4 ist Bestandteil der parallel zur Niederschrift ausgelieferten Nach-tragslieferung des gemeinsamen Rundschreibens „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kran-ken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ in der Fassung vom 15.03.2012 (Versi-on 2.47).